

Der Obereisbacher

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.
88. Jahrgang.

Verleger: G. Schöberl
Für die Druckerei: G. Schöberl
Verantwortlich: G. Schöberl
Verlagspreis: 20 Pf.
Postzeitung: 10 Pf.

142

Dienstag, den 24. Juni

1919.

Wirkungen des Friedensschlusses auf die Eisenindustrie.

Vom westdeutschen Eisenmarkt kommen recht beachtenswerte Berichte. Es sind diesmal nicht so sehr Streiknachrichten, über die geklagt wird; es ist vielmehr das Herabgleiten der Leistungen der Arbeiter auf ein Mindestmaß, das die Entwicklung der gesamten westdeutschen Eisenindustrie dauernd darnieder stellt. Es kommt hinzu, daß der demokratische Zug in der Arbeiterschaft einen einigermaßen geordneten Betrieb unmöglich macht, indem den Leitern der Unternehmungen die Dispositionen durchkreuzt werden, die zur Erreichung einer den Verhältnissen angepaßten Produktion und zur Befriedigung des Konsums nötig sind.

Das Nachlassen der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters trifft zusammen mit einer bisher dauernd fortwährenden Erhöhung aller Erzeugungskosten, die neuerdings einen weiteren Anstoß erhält durch die Preisverhöhung des Kohlenpreises. Von Gewinn kann bei den industriellen Unternehmungen der Eisenbranche kaum noch die Rede sein, im Gegenteil, die Refinerien beginnen zu schrumpfen und zwar umso mehr, je zurückhaltender die Banken in der Kreditgewährung werden. Der Standpunkt der Banken ist natürlich von ihrem Interesse aus durchaus gerechtfertigt; an ihren Schaltern drängt sich die Geschäftswelt, um Geld und immer wieder um Geld für Kontokorrentdarlehen abzuholen. Es hat den Anschein, als ob alles, was in den letzten Jahren und vielleicht Jahrzehnten in mühsamer Arbeit geparkt und kapitalisiert worden ist, jetzt binnen wenigen Monaten sich in Atome auflösen sollte und durch die Lohnkürzer abfließen müsse in die zahllosen kleinen Wirtschaften, deren Unterhaltungskosten durch die unglückliche Verquickung von Arbeitslosigkeit und Notdurft mit der letzten Endes aus der Blockadepolitik unserer Gegner entstandenen Lebensmittelknappheit ins Uferlose getrieben wurden.

Dabei mangelt es den Werken der Eisenindustrie keineswegs an Aufträgen. Im Gegenteil, sie liegen in Hülle und Fülle vor. Die Walzwerke sind bis zum Schluß des Jahres voll besetzt und neue Bestellungen gehen regelmäßig ein. Aber die ständig sinkende Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter und die durch Hunger dauernd aufgeregte Streikluft zwingen die Leistungen, monatelange Lieferfristen zu fordern, oder, falls diese nicht genehmigt werden, die Aufträge abzulehnen.

Unsere Arbeiterschaft sehnt sich nach Frieden. Aber sie denkt nicht daran, daß der Friedensschluß ihr mit einem Schlag die Basis entziehen wird, auf der sie seit Monaten ihre Forderungen nach Lohnverhöhung und Einspruchsrecht in die Betriebsführung stützt. Diese Basis ist das z. B. noch durch die Absperrung Deutschlands

bedingte Monopol der einheimischen Eisenindustrie. Aber diese Monopolstellung ist in dem Augenblick gebrochen, in dem die Grenzen sich öffnen für die Einfuhr ausländischer Eisenwaren. Die Preise sind im Handel durch die Aufschläge so enorm gestiegen, daß die ausländische Konkurrenz trotz der Valutendifferenz billiger sein wird. Die inländischen Unternehmungen werden Aufträge verlieren und die Neigung der Leistungen wird steigen, lieber den Betrieb einzustellen, statt mit Verlust zu arbeiten, sobald die ausländische Konkurrenz die Verkaufspreise unter die Höhe der Selbstkosten drückt.

Arbeiterentlassungen werden die Folge sein und vielleicht wird der Schrei nach Sozialisierung wieder erklingen in der Hoffnung, daß der Staat sich bereit fände, die Werke als Notstandsarbeiten weiterzuführen. Wird er das können in einer Zeit, wo die maßlosen Forderungen unserer Feinde zu Verpflichtungen geworden sein werden, die wir durch Unterzeichnung des Vertrages auf uns nehmen? Vom Staate sollen die Arbeiter nicht mehr allzuweit sekundäre Hilfe erwarten; sie sollen selber, sich zu wirtschaftlicher Einsicht zu bekehren und sich davon zu überzeugen, daß letzten Endes Streikluft und Arbeitslosigkeit die größte Gefahr für ihre eigene Existenz werden müssen.

Die italienische Ministerkrise.

Die innerpolitische Krise in Italien hat den Verlauf genommen, den sie normaler Weise nehmen müßte. Die italienische Kammer hat dem Kabinett Orlando mit 159 gegen 70 Stimmen das Vertrauen verweigert. Damit ist die Krise, die seit Wochen latent war, endlich akut geworden. Nach den Mißerfolgen, die die italienische Politik seit Beginn der Pariser Friedensverhandlungen erlebt hat, war an dem Sturz Orlando's nicht zu zweifeln. Kaum ein Land der kriegführenden Mächte ist in seinen Illusionen so schwer enttäuscht worden, wie Italien. Das italienische Volk ist in den Krieg gezogen, weil es hoffte, daß es durch die Stellungnahme auf Seiten der Alliierten zur Erfüllung seiner imperialistischen Wünsche gelangen würde. Der italienische Wunsch war keineswegs gering, und das Londoner Abkommen, in dem Italien seinen Bund mit der Entente befestigte, hat diesen Wünschen auch weitgehend Rechnung getragen. Nicht nur Triest und Fiume, sondern weite Stüke an der Adria, Albanen, Konzeptionen in Türkisch Kleinasien und in Afrika waren von England, Frankreich und Rußland als Preis für die italienische Waffenhilfe in Aussicht gestellt. Selbst der Orgue wird zugestehen müssen, daß Italien sich diesen Preis reichlich verdient hat. Durch den Eintritt Italiens in den Krieg wurden starke ökonomische Kräfte gebunden und nicht der schlechteste Teil des italienischen Landes hat geraume Zeit den Schauplatz für wütende Kämpfe abgegeben. Dazu kommt, daß Italiens Menschenverluste erheblich gewesen sind, daß Italiens Wirtschaft durch den Krieg nicht viel

weniger gelitten hat, als Frankreichs. Durch den Verlust des Handels mit Deutschland, durch das Ausbleiben der deutschen Kohlenlieferungen ist die italienische Industrie vor eine schwere Krise gestellt worden, die sie so leicht nicht überwinden wird. Auch finanziell hat Italien ungeduldet der materiellen Unterstützung, die ihm durch England und die Vereinigten Staaten ersonnen ist, Opfer gebracht, die weit über die geringen Kräfte des Landes hinausgehen.

Die Folgen des Krieges beginnen sich in Italien in einer so katastrophalen Form zu zeigen, wie in keinem anderen kriegführenden Lande. Italiens Arbeiterschaft befindet sich in voller Gährung, weil sie nicht länger gewillt ist, die Politik der Nationalisten zu dulden. Von Norditalien bis hinaus nach dem politisch indifferenten Süditalien kommt es allmählich zu neuen Streiks, zu Nahrungsmittelunruhen. Alle Machtmittel der Regierung scheinen dieser Bewegung gegenüber zu versagen.

Dabei kann sich die Regierung nicht einmal auf das Bürgertum stützen, das während des Krieges ihr getreuester Helfer war. Das Volk Italiens in Versailles hat auch die Nationalisten zu wilden Feinden der Regierung gemacht, und gerade die größten Kriegshelden gebärden sich im Augenblick noch revolutionärer als die radikalsten Sozialisten. Infolge ihrer Niederlage in der Abrüstungsfrage steht die italienische Regierung immer weniger außenpolitisch vollkommen isoliert. In diesem Chaos soll Giolitti, der sich während des Krieges im Hintergrund gehalten hat, das italienische Staatsgeschick durch den Sturm steuern. Die Übernahme des Kabinetts durch Italiens reichsverschämten Politiker aber wird eine grundsätzliche Änderung der politischen Methoden Italiens zur Folge haben. Giolitti's Vertrauensmann, der viel genannte Ruffi, verhandelt bereits mit den Führern der Sozialisten, d. h. mit anderen Worten, Giolitti will sein Ministerium auf die Massen stützen, im Innern eine Politik der sozialen Reformen machen und nach außen hin die von Spaventa Orlando und Sonnino's folgen. Er will in Konkurrenz dieser Anschauungen mit den imperialistischen Traditionen brechen und zu einer Politik der Befriedigung und der Versöhnung übergehen.

Die Entwicklung der Dinge in Italien ist ein lehrreicher Schulfall für das, was sich nach Abschluß des Friedens auch in den anderen Ländern der Entente vorereiten wird und muß. Wie das notleidende Italien aus innerem Zwange heraus zu der Einsicht gelangt, daß eine Fortsetzung der kriegerischen Politik nach dem Kriege mit kriegerischen Mitteln nichts weiter bedeutet, als den Ruin und die Katastrophe auch der Sieger, so werden auch seine bisherigen Verbündeten früher oder später zu dieser Einsicht gelangen und trotz Friedensvertrag nicht in nicht allzu ferne Zeit der wahren Feinde, der Friede ohne Sieger und Besiegte geboren werden, der nur das eine Ziel hat: die gemeinsame Arbeit aller Völker zum Wiederaufbau der im blutigen Wahnsinn des Weltkrieges zerstückelten Welt.

Künstliche Monde und Kometen.

Von Professor Dr. Sok. Alexander.

Wer sich aus den sorgenvollen Tagen und Stunden, die wir jetzt durchleben, noch hindurchsetzen vermag in das Reich des Gedankens, dem fallen wohl auch die Worte unseres größten deutschen Geistesheroen ein, von den ewigen alten ehernen Gesetzen, nach denen wir alle unseres Vajetas Reise vollenden müssen. Keiner hat die Größe des Kosmos, nach denen, wie der Dichter an einer anderen Stelle sagt: Monde um Erden, Erden um Sonnen wandeln, schärfer durchschaut, ja mit mathematischer Sicherheit errechnet, als der unserrliche Isaac Newton, der als Knabe auf dem Rasen des östlichen Obgartens liegend, den Mond durch die Zweige eines Apfelbaums hindurch erblickte, als gerade ein Apfel zur Erde fiel. Warum fällt der Mond nicht auch zur Erde herab? fragte sich Newton. Nicht etwa deswegen, weil er zu weit entfernt ist, sondern aus dem Grunde, weil ihm eine Elongationsgeschwindigkeit innewohnt, die, in Verbindung mit der Erdanziehung, eine kreisförmige Bahn erzeugt, deren Mittelpunkt die Erde ist.

Doch was nützt es, jetzt derartigen Gedanken nachzugehen? Noch ist der Krieg mit allen seinen Schrecknissen frisch in der Erinnerung von uns allen, noch leiden wir alle unter seinen Wirkungen. Auch im Kriege war oft die Rede von Geschossen, welche eine bis dahin unerreichte große Anfangsgeschwindigkeit besaßen. Heute spricht kein Mensch mehr von der "dicken Bertha" und anderen technischen Meisterwerken der Artilleriekunst, welche

ein Geschöß in einer einzigen Sekunde etwa 1600 Meter weit tragen können. Der Fachmann berechnet im Voraus genau die Stelle, an welcher es wieder auf die Erde aufreißt, weil er weiß, daß seine Geschwindigkeit nicht hinreicht, um es zum künstlichen Mond zu machen.

Für den, der über einige mathematische Kenntnisse verfügt, ist es aber außerordentlich leicht, die Geschwindigkeit eines künstlichen Mondes zu berechnen. Sie ist gleich der Wurzel aus dem Erdradius (14 Millionen Meter), multipliziert mit der Beschleunigung, welche ein an der Oberfläche der Erde frei fallender Körper aufweist (9,8 Meter). Hiernach gibt eine leichte Rechnung den Wert von 8000 Meter; mit anderen Worten also würde ein Geschöß, welches die sinnliche Wirkung unserer heutigen schwersten Geschöße auswirft, sein Geschöß nicht mehr auf eine Stelle der Erde beschränken, sondern dieses würde die Erde als Trabant umkreisen, und zwar etwa 17 mal in einem Tage.

Gelänge es aber, eine noch größere Geschwindigkeit zu erzielen, so würde das betreffende Geschöß sich ganz von der Erde abwenden und als künstlicher Komet das Weltall durchziehen, bis es vielleicht einmal einem anderen Gestirn begegnet und ihm berichtet von Menschenleben und Menschenklugheit.

Wird uns die Zukunft, anstatt Kriegesgeschöße, vielleicht die künstlichen Himmelskörper schicken?

Aphorismen.

Beschränkten Menschen ist es eigen, daß sie die menschlichen Obein, die in dem engen Kreise ihrer Fassungskraft

liegen, mit einer Klarheit ergreifen, die uns in der Schätzung ihres Gebietes oft irre macht. Sie sind wie Bettler, die das Gebrölle und die Jahreszahl jedes ihrer Reuener kennen. L. Böne.

Wie wenig gehdet zum Glück! Der Ton eines Dubeloches. — Ohne Musik wäre das Leben ein Irrenhaus. Der Deutsche denkt sich selbst Gott liebesingend. Fr. Nietzsche.

Nichts ketzt die Menschen fester aneinander, als gemeinsam begangenes Unrecht. Heinrich von Treitschke.

Selbst die reinste Natur, der unbeschäftigste Mann läßt sich durch Freundlichkeit bestechen. Johannes Scherr.

Die Fliege, die nicht gekloppt sein will, setzt sich am sichersten auf die Klappe selbst. G. Chr. Vichtenberg.

Begegnet uns jemand, der uns Dank schuldig ist, gleich fällt es uns ein, wie oft können wir jemand beggennen, dem wir Dank schuldig sind, ohne daran zu denken. Bötsche.

Bemehrt ein Mensch des ganzen Existenz fähig ist, desto herzlicher kann er lachen. Menschen, deren Lachen rein affektuell und gezwungen herauskommt, sind intellektuell und moralisch von niedrigem Gehalt; wie kann überhaupt die Art des Lachens und andererseits der Inhalt dazu sehr charakteristisch für die Person ist. A. Schopenhauer.

1919 zur
Rang.
17. 6. 19
mit Heu
gelesen.
im Ober-
des Jutter-
Ausfuhr
nur dann
genügend
emzinden
band die
die Ge-
Ausfuhr-
und dem
gewarnt,
ung er-
den Heu
Rang.
id.
den som-
Kriegs-
büchsch-
Negeren
Kriegsge-
4. Juni
iben, die
mit Aus-
egerichte-
schleßlich
Dreimil-
Alter Heig-
eabalebst
höher.
k=
n,
tarke,
Wh.,
schliche
nbau"
steric. 3
ra.
endöl
t. 3 -
Nagold.
er
eren
en
io werden
ihlen
D. Hius.
ine junge
awald.
S. lei
räge
Nagold.



Die Schwarz-rote Koalition.

Der Druck der Zwangslage, in der wir uns befinden, hat es zur Folge gebracht, daß in Weimar aus der Zerstretheit unter den Parteien heraus sich in der Nacht zum Sonntag endlich wieder eine feste Richtung mit wenigstens einem klaren, einheitlichen Ziel, der Unterzeichnung des Friedensvertrages, sozusammengefunden hat, daß sie die Plattform abgeben konnte für die Neubildung des Kabinetts. Die neuen Männer sind berufen. Wie es nach der merkwürdigen Haltung der demokratischen Fraktion, die im Lande auf entschiedenen Widerspruch gestoßen ist, nicht anders zu erwarten war, hat sich eine schwarzrote Koalition gebildet. Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten sind nunmehr allein Regierungsparteien. Eine andere Zusammenfassung des Kabinetts war ja auch einfach unmöglich. Die Rechtsparteien kamen bei ihrem entschiedenen Nein und bei ihren grundverschiedenen Anschauungen von vornherein nicht in Frage. Der radikale Flügel der Nationalversammlung, die Unabhängigen, wirkte ganz unwirksam ab. Wenn trotzdem die Kabinettsbildung erst in so später Stunde erfolgen konnte, so lag dies daran, daß man die Verträge nicht aufgab, doch noch Abgeordnete aus dem demokratischen Lager zum Eintritt in die Regierung zu bewegen, die sich dabei nicht auf ihre Fraktion stützen sollten. Dies mißlang, und so kam es, wie es kommen mußte.

Die beiden Mehrheitsparteien, die nun die Regierung bilden, haben sich für das Ja als Antwort auf die feindlichen Friedensbedingungen ausgesprochen und sie finden dabei die Unterstützung der Unabhängigen. Wenn auch die letzteren aus ganz anderen Motiven als die beiden Regierungsparteien unterschrieben haben wollen, so kommt doch die Mehrheit in der Nationalversammlung zustande, auf die sich die neue Regierung bei ihrem Ja, zu dem sie sich am Sonntag in der Nationalversammlung ausdrücklich erklärt hat, stützen muß.

Nur wenig neue Männer sind es, die in das neue Kabinett einziehen. Der größte Teil hat sich aus dem Kreise des alten herüber gerettet, allen voran Herr Mathias Erzberger, der geschäftige vormalige württembergische Volksschullehrer. Mit ihm bleiben die Zentrumsmänner Gieseler und Dr. Sell, neu kam zu dem schwarzen Teil der Koalition der Abgeordnete Meyer-Kaufbeuren. Von der Sozialdemokratie konnten sich die Minister David, Kassar, Robert Schmidt und Wissell behaupten. Frische Kollegen sind der aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene Offizier Bauer, der Mannheimer Hermann Müller, der sich in den letzten Jahren namentlich durch internationale Bekanntheit sehr hervorgetan hat, und der württembergische Arbeiterführer Schiller, auf dessen Autorität und Erfahrungen in Arbeiterfragen auch die Regierung des alten Regimes schon zurückgegriffen hat. Er war seinerzeit bei der Ausschließung des Hilfsdienstes herangezogen worden. Ein Ministerposten bleibt vorläufig unbesetzt: das Ministerium der Justiz. Für Herrn Landsberg, der sich ebenfalls sehr auf das Ja festgelegt hatte, hat man keinen geeigneten Erfolg in den Reihen der Sozialdemokraten finden können. Man will diesen Posten offenbar für seinen früheren Inhaber frei lassen, um ihm die Rückkehr nach der Unterzeichnung zu ermöglichen.

Die Unterschrift unter den Friedensvertrag war die wichtigste Aufgabe des schwarzroten Reichsministeriums. Wie lange es sich danach im Amte halten wird, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Es ist dies eine Frage, die vorläufig offen bleibt. Jedenfalls darf man nicht vergessen, daß die Ansichten des Zentrums und der Sozialdemokratie zuweilen recht weit auseinander laufen, was sich in den Debatten um die Reichsverfassung deutlich offenbart hat. Auch darf man es nicht unterschätzen, daß die Demokraten, die gerade in den Verfassungsdebatten oft die Rolle des Vermittlers gespielt haben, heute außerhalb der Regierung stehen. Sie werden zwar sicherlich keine Opposition bilden, sonst wären sie entweder Minderheit der Rechten oder der äußersten Linken, aber sie müssen als entscheidender Faktor doch gewertet sein, weil sich die Mehrheit, die heute infolge der Zustimmung der Unabhängigen für das Ja ohne die Demokraten sicher vorhanden ist, in Zukunft doch wieder auf die Demokraten stützen müssen. Das ist ein Krankheitskeim, den die neue Regierung bei ihrem Eintritt ins Leben schon in sich trägt.

Tagezueignigkeiten.

Antwort der Entente: Bedingungslose Annahme.

Amsterdam, 22. Juni. Reuters meldet aus Paris, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd Georges auf die um 7 Uhr abends eingetroffene deutsche Note geantwortet haben, daß die Zeit für Diskussionen, Einschränkungen und Forderungen vorbei ist und daß die deutschen Vertreter unabweislich den Friedensvertrag als Ganzes wie er vorliegt annehmen müßten oder nicht. Nach der Unterzeichnung müßten die a. und a. Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen. (Wiederholt aus einem Teil der letzten Nummer.)

Die Nationalversammlung.

Weimar. Drahtbericht. Die Nationalversammlung hat heute gegen die Stimmen der deutsch-nationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei, einem Teil des Zentrums und der Demokratie die Auffassung für zutreffend erklärt, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Die Friedensbedingungen angenommen.

(Telegr. 9.15 abends.)

Verfaßt, 23. Juni. Der deutsche Gesandte Daniel ließ heute nachm. 4 Uhr 30 Clemenceau eine Note zustellen mit Vereiterklärung der deutschen Regierung die Friedensbedingungen anzunehmen.

Erste Hoffnungen.

Rotterdam. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt Daily Herald: Niemand kann die deutsche Regierung tadeln, wenn sie sich weigert, diesen Frieden zu unterzeichnen. Wahrscheinlich ist der verständigste Weg der, das zu tun, was die deutsche Nationalversammlung will, nämlich zu unterzeichnen, um wenigstens die äußere Friedensmaschine in Gang zu bringen und dann auf die anderen Mächte zu vertrauen, damit diese das Unrecht wieder gut machen. Wir bringen aufs neue darauf, daß die Arbeiterpartei in England und in allen anderen Ländern unweigerlich eine unabweisliche Erklärung abgibt, die besagt, daß die Arbeiterpartei, wenn sie ans Ruder kommt, in jedem Falle die abschließenden Beschlüsse der Friedenskonferenz ungültig machen wird. Eine solche Erklärung würde das Problem für uns lösen: ja durch diese Zusicherung würde die neue deutsche Regierung gerechtfertigt werden, wenn sie sogar unter den gegenwärtigen Bedingungen den Frieden schließt.

Rundgebungen der franz. Matrosen.

Amsterdam. Nach einer Reutersmeldung aus Brüssel vom 18. die in englischen Blättern vom 20. veröffentlicht wird, kam es bei der Rückkehr des französischen Schlachtschiffes „Justice“ aus Sebastopol, wo die Besatzung des Schiffes gemindert und verlangsamt hatte, nach Frankreich zurückgebracht zu werden, zu Rundgebungen von französischen Matrosen, die mit roten Fahnen durch die Straßen zogen. Um 8 Uhr abends rissen 200 Demonstranten die Gitter der Baracken nieder, nach denen einige der Matrosen der „Justice“, die vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, geschafft worden waren. Die Demonstranten versuchten, ihre gefangenen Kameraden zu befreien, und es mußte Infanterieeinsatz zur Wiederherstellung der Ordnung aufgebracht werden.

Keine Volksabstimmung in Westpreußen.

Der Grandenzer „Gesellschafter“ bringt die Nachricht und zwar angeblich nach Informationen an zuständiger Stelle, daß nach den neuen Vorschlägen des Verbandes für die unmittelbaren westpreussischen Gebiete die Volksabstimmung vorgezogen wäre. Die nunmehr vorliegende Denkschrift behandelt in den Teilen II und III (Grenzen Deutschlands und politische Bestimmungen für Europa) die Frage derjenigen Gebiete, die an Polen abgetreten bzw. dem Völkerbund unterstellt werden sollen, um den politischen wirtschaftlichen Bedürfnissen zu genügen. In Bezug auf die abzutretenden Gebiete lehnt der Verband es ab, die Entscheidung, ob die Bevölkerung unbestreitbar polnisch ist, durch Volksabstimmung herbeizuführen. Er setzt vielmehr aus eigener Nachvollkommenheit die Grenzen selbst fest und läßt sich da, wo Gebiete abgetreten werden sollen, in denen die Deutschen in der Mehrzahl sind, wie z. B. in der Stadt Bromberg, mit dem Argument, daß solche Gebiete wirtschaftlich und politisch mit zu den anderen unbestreitbar polnischen gehören und daß es unmöglich sei, solche Gebiete zu zerschneiden. Wo die Bevölkerung fast ausschließlich deutsch ist, werden die Gebiete den alliierten und assoziierten Mächten oder aber dem Völkerbund unterstellt. Sollkommen entgegen dem vom Verband bei Gelegenheit der Waffenstillstandsverhandlungen im November aufgestellten Grundsatz, daß für den Frieden das Recht maßgebend sein soll, aber getreu dem Grundsatz, nachdem der Verband wirklich gehandelt hat, daß auch bei den Friedensverhandlungen Recht ganz und gar vor Recht geht, vorgezwungen der Verband auch in Westpreußen das Recht und lehnt jede Volksabstimmung über die streitigen Gebiete ab.

Nachtragsetat von 6 Milliarden.

Der vom Staatenausschuß vor kurzem angenommene Gesetzentwurf betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919 sieht eine Ausgabebewilligung von 6 Milliarden Mark vor. Die Aufstellung des endgültigen Etatsentwurfes kann erst auf Grund der durch den Frieden geschaffenen Verhältnisse erfolgen.

Der Papst für die deutschen Missionare.

Der Papst hat dem Kölner Kardinal von Hartmann durch den Kardinalstaatssekretär Gasparri mitteilen lassen, daß er bereits bei der Entente gegen die Ausweisung der deutschen Missionare aus den Kolonien Einspruch erhoben habe. Sollte der Einspruch nicht beantwortet werden, so würde der Papst ein anderes Arbeitsfeld für die ausgewiesenen Missionare suchen.

Automobillose Tage.

Aus Berlin wird geschrieben: Die Einführung automobilloser Tage wird, wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, infolge der immer mehr zunehmenden Knappheit an Betriebsstoffen und Reifen von den Behörden ernstlich in

Erwägung gezogen. Da die Automobilisten sich trotz aller Warnungen auf dem Wege des Schleichhandels weitere Benzol und Pneumatiks zu Wucherpreisen beschaffen und damit die Aufrechterhaltung des für die Lebensmittelzufuhr und die Freiwilligenkorps nötigen Kraftwagenverkehrs gefährden, werden ferner noch besonders scharfe Kontrollen eingeführt werden. Für im öffentlichen Verkehr laufende Wagen sind gleichfalls erhebliche Einschränkungen zu erwarten. Die Automobilzähler werden für Fahrten zum Theater, Rennplatz und zu anderen Vergnügungsorten in einem Umfange beschränkt, der in keinem Verhältnis zur augenblicklichen Betriebsstoffnot steht. Zum mindesten sei für den öffentlichen Verkehr mit der Einführung von Sperrstunden zu rechnen.

Gerard als Filmverfertiger.

Der ehemalige amerikanische Gesandte in Berlin, Gerard, der zur Meinung des Hasses gegen Deutschland aus seinem Buch „Meine vier Jahre in Deutschland“ ein namentlich in England viel gelobtes Filmstück gemacht hatte, hat im Augenblick, wo in Paris von Frieden des Rechts geredet werden soll, einen neuen Haffilm vollendet, der den Titel führt: „Und Wachtel“. Nach einer Times-Meldung aus New-York behandelt der Film die Notwendigkeit größter Wachsamkeit der gestillten Welt bei der Behandlung Deutschlands in der Folgezeit. Der Film veranschaulicht den Prozeß des deutschen Kaisers vor dem Weltgerichtshof. Wilhelm II. wird nach der Anklagebank von einem französischen, englischen und amerikanischen Soldaten geführt. Die Zeugen bei der Verhandlung bilden verstümmelte Frauen und Kinder aus Belgien und Nordfrankreich. Gerard selbst hat die Ausführung des Films überwacht. Der Grundgedanke des Filmes soll darlegen, daß auch heute noch das alte Deutschland besteht und sich nur verummumt hat.

Die Versenkung der internierten deutschen Schiffe.

Amsterdam. Nach einer Reutersmeldung aus Turin vom 21. 6. untlags bildete das Hissen einer roten Flagge d's Signal für das Versenken der deutschen Schiffe. Die Besatzungen gingen in die Boote und ruderten dem Ufer zu. Als die Bewachungsschiffe freuten, sprangen die deutschen Besatzungen ins Wasser und schwammen an die Küste. Nach einer Meldung des Telegraaf aus London vom 21. 6. wurde nicht die rote Flagge, sondern die deutsche Flagge gehißt. Alle Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme der „Baden“, die noch treibt, sind gesunken. Das Versenken der Schiffe scheint lange gedauert zu haben, denn das erste Schiff verlank kurz nach Mittag und das letzte erst um 1/5 Uhr.

Keine Nachrichten.

Haag. Dem Korresp.-Bureau zufolge sind diplomatische Beziehungen zwischen den Niederlanden und Finnland angeknüpft worden.

London. (Reuters.) In einer Stefandepesche aus Rom wird die Nachricht, daß die Italiener Boratberg besetzt haben, als unrichtig bezeichnet.

Amsterdam. Die niederländische Telegraphenagentur meldet aus Brüssel, daß Präsident Wilson vor seiner Abreise aus Belgien den König und die Königin offiziell zu einem Besuche in die Vereinigten Staaten eingeladen habe. Das belgische Königspaar habe die Einladung angenommen und werde wahrscheinlich im nächsten September nach Amerika gehen.

Zürich. Hier hat die Gründung einer Kommunistenpartei der Stadt Zürich stattgefunden. Es wurde beschloffen, daß jeder Genosse, der sich der Kommunistenpartei anschließt, sofort aus der sozialdem. Partei auszutreten hat. Als Ziel der Kommunistenpartei wurde die Zerstückelung des jetzigen Staates und die Errichtung einer helvetischen Räterepublik bezeichnet.

Vermischtes.

Kriegsverschollene der Marine.

Hinterbliebenen-Versorgung.

Wie aus den beim Zentral-Nachweise-Büro des Reichs-Marine-Amtes eingehenden zahlreichen Anfragen hervorgeht, ist es in weiten Kreisen der Angehörigen von Vermissten noch wenig bekannt, daß die gesetzliche Militär-Hinterbliebenenversorgung auf Grund der Bestimmungen des § 34 des Militär-Hinterbliebenengesetzes bereits vor endgültiger Feststellung und Beurkundung des Ablebens in den Fällen erfolgen kann, in denen das Ableben eines Vermissten „mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen“ ist. Diese Voraussetzung wird, falls nicht besondere Umstände dagegen sprechen, im allgemeinen als gegeben angesehen, wenn innerhalb einer Frist von 12 Monaten seit dem Vermisshwerden keine Nachricht über Leben oder Tod des Vermissten eingegangen ist. Im Gegensatz zum im Landkriege Vermissten muß außerdem aber eine große Anzahl der seitens der Marine auf See als vermist Gemeldeten, insbesondere Angehörige der U-Bootwaffe, nach Prüfung der militärischen Sachlage seitens der verantwortlichen Dienststellen gleich oder kurze Zeit nach dem Bekanntwerden des Verlustes schon von vornherein leider mit der Kennzeichnung gemeldet werden, daß das Ableben der Vermissten „mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen“ ist. In all diesen Fällen kann, sofern es nicht geschehen ist, den Hinterbliebenen auf Grund eines entsprechenden Antrages an das Bezirkskommando oder an den Stammatteil des Vermissten die Militär-Hinterbliebenen-Versorgung bewilligt werden.

troj aller
s weiter
offen und
steigende
kehr ge-
kontrollen
laufende
en zu er-
Fahrt
ungsorten
Verhältnis
indefinit
ung von

Die Amerikaner mögen die Franzosen nicht.
Die in New York befindlichen Amerikaner lieben die Franzosen nicht, sie halten sie lieber für deutsche Familien — so schreibt man dem „Berliner Lokalanzeiger“. Im Terminus-
hotel in New York gab es einen Ball und liegen außen an-
schreiben: „Für die deutsche“. In den New York Zeitungen
kann man öfters die Anzeige lesen: „Amerikanischer Offizier
sucht Anschluss an eine deutsche Familie“ oder „Sucht die
Bekanntheit von Deutschen“. Bei den Veränderungen
deutscher Vöden hat man öfters beobachtet können, daß
amerikanische Offiziere oder Soldaten, die Pistole in der
Hand, den Deutschen beigeprungen sind.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 24. Juni 1919.

Die Ernennung des Stadtkörpers Magdeburg in
Hildbronn durch die Freiherr von Göttingen-Pat-
ronatschaft auf die Stadtpartei Berneke, Dekanats
Magdeburg, ist von dem Evang. Konsistorium bestätigt worden.

- Tagesordnung** für die öffentliche Sitzung des Ge-
meinderats am Mittwoch den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr:
1. Verpfändung des neu einlaufenden Gemeinderatsmit-
glieds 313.
 2. Fiktion des Mietzinses für die Barackenwohnungen.
 3. Wählkommission.
 4. Verschiedenes.

Seminarfanzert. Wie groß das Verlangen nach
einem weltlichen Konzert war, das bewies der überaus
starke Besuch von hier und umwärts. Die Konzerte war
geradezu überfüllt, die nummerierten Plätze schon am Frei-
tag, die unnummerierten am Sonntag vollständig ausver-
kauft, so daß eine Anzahl Besucher wegen Platzmangels
mit Bedauern abgewiesen werden mußten. Es mögen
gegen 800 oder gar mehr Zuhörer gewesen sein — ein
Konzertbesuch, wie er hier in Magdeburg einzig dasteht —
Ebenso überaus zahlreich, großartig und in jeder Hinsicht wohl
gelingen war der künstlerische Erfolg der Aufführung von
Glocke Ophras. Ueber die Schönheit dieser Musik ist im
Bericht der Nr. 138 berichtet worden. Die dortige Be-
wunderung, daß die kommende Aufführung durch die Mit-
wirkung des Orchesters gegen 1914 erinneren werde, ist
weit über unsere Erwartungen in Erfüllung gegangen.
Diese prächtige Wiedergabe des herrlichen Werkes war
eine Glanzleistung, die zum Schönsten gehört, was wir
in den letzten Jahren hier gehört haben, zu der wir den
Leiter des Konzerts, H. Sem. Dr. Schmidt und alle Be-
teiligten, Solisten, Chor und Orchester, nur herzlich beglück-
wünschen und ihnen danken können. In der Wahl der
Solisten hatte Herr Oberl. Schmidt eine glückliche Hand.
Nicht selten waren ähnliche Partien so gleich gut besetzt
wie diesmal. Frau Eloy-Rückes (Alt) sang die überaus
schwierige u. anstrengende Partie des Ophras u. fand für
ihren Schmerz ebenso ergreifende Töne wie Frau Krieger
(Sopran) als Eudike für deren leidenschaftliche Klagen
und H. Meyer (Sopran) als trübender Amor. In einem
herrlichen Takt, das den glanzvollen Abschluß des Kon-
zerts bildete, kamen diese drei Stimmen nochmals zu schön-
ster Wirkung. Besonders kniell an dem Singsen ge-
hörten Chor und Orchester, die ganz auf der künstlerischen
Höhe standen und durch präzisen Einsatz, wohlwundernde Rit-
milität und Anpassungsfähigkeit erstreuten, so daß alle Schön-
heiten der Gluckischen Musik reiflos zur Geltung kamen.
Unterstützt wurde das Orchester durch zwei Soloinstrumente,
eine Flöte und eine Oboe, deren jeder Holzschlag in den
Soloflüssen für Orchester (Ballet, Reigen seliger Geister u.
a.) ergänzend wirkten. Am Klavier begleitete Herr Sem.-
Leiter Begner mit vornehmer Zurückhaltung und künstle-
rischem Verständnis. Herrn Sem.-Oberl. Schmidt, dem
tätigen Leiter des Konzerts, nochmals und vor allem
herzlich Dank und Glückwünsche zu diesem Erfolg. —
Eine Wiederholung dieses Konzerts halten wir für sehr
angezeigt und erwünscht.

Vermögensverzeichnis. Es scheint die Auf-
fassung vertreten zu sein, daß die Vermögensverzeichnisse
am 30. Juni 1919 schon eingereicht sein müssen. Diese
Ansicht ist unrichtig. Die Vermögensverzeichnisse sind bis
30. Juni 1919 auszufüllen, d. h. sie sind auszufüllen und
auf den Zeitpunkt des Abdrucks, der von der Steuerbehörde
besonders bekannt gegeben wird, bereit zu halten.

Eisenbahnbauten. Die Staatsbahnbauverwaltung
ist ermächtigt worden, für den als Nothstandsarbeit aus-
zuführenden Bau einer Eisenbahn Klosterreichenbach bis
zur Landesgrenze die Grundstücke und Rechte an Grund-
stücken, die nach dem genehmigten allgemeinen Plan er-
forderlich sind, im vereinfachten Enteignungsverfahren zu
erwerben. Die Bahn selbst die Verlängerung der besteben-
den Nebenbahnen Freudenstadt—Klosterreichenbach und
verbindet sie mit der badischen Marstalbahn. Ihre Länge
beträgt bis zur Landesgrenze 11,1 Kilometer. Außerdem
soll der Bau des zweiten Gleises der Göttinger-
Eisenbahn-Eutingen in Angriff genommen werden. Die
Stationen Eutingen, Göttingen, Köttingen, Herrensberg,
Reibingen, Bondorf und Eutingen werden erweitert,
die ebenfalls zu erweiternde Station Eutingen nach Osten
gerichtet und ihre Zufahrtslinien geändert. Die schienen-
gleichen Wegübergänge werden beseitigt und soweit nötig
durch Über- und Unterführungen ersetzt.

Versicherung gegen Regen! Eine neue Art
von Versicherungsgesellschaft treibt man seit einiger Zeit in
London. Hotels in Bädorten und an den Küsten ver-
sichern ihre Sommergäste gegen die Unannehmlichkeit, daß
solchregie Regenfälle den Genuß der Natur behindern!

Wenn in der Woche mehr als zwei Regentage vorkommen,
und zwar derartig, daß die Regenmenge mehr als ein
Zehntel Zoll beträgt, wird die Wochenrechnung, die die
Gäste zu zahlen haben, um 20—40 Prozent herabgesetzt.
Familienodier, die für ihren Sommeraufenthalt kostspielige
Hotels wählen mußten, sollen es gar nicht ungut finden,
wenn die Möglichkeit zu Ausflügen, Ruderpartien u. dergl.
durch Regentage etwas eingeschränkt wird. Das Geschäft
ist bereits international geworden. Theaterunternehmungen
in Zentral-Amerika, die unter freiem Himmel spielen, neh-
men eine Versicherung gegen die Unbilden der Witterung
an, dergleichen Unternehmungen von Ausflügen in Kanada,
Veranstaltungen von öffentlichen Festlichkeiten in Holland usw.

1. Altensteig, 22. Juni. Die Versammlung des
Ortsvereins, die heute im Saal des hiesigen abgehalten
wurde, war gut besucht. Der Hr. Vorsitzende, Schultheiß
Dengler-Eckhausen, begrüßte die Anwesenden und gedachte
dann der im verflochtenen Jahr verstorbenen Mitglieder, vor
allem des langjährig am dem Beten hochverdienten Vor-
standes, Oberamtsbaumwart Böhler-Waldorf. Aus dem
Geschäftsbericht, den der Schriftführer Hauptlehrer Renz-
Haberbach erstattete, entnehmen wir, daß die Einnahmen
629 93 A, die Ausgaben 617 09 A betragen. Das Ver-
mögen beträgt 312 84 A. Die Mitgliederzahl, bisher 585,
sei etwas zurückgegangen, da die Korrespondenz im Vor-
jahr nicht an alle Mitglieder gestellt werden konnte. Es
wurde deshalb angeregt, lieber den Beitrag um 50 A zu
erhöhen, weil sich der Kolander allgemein beliebt hat ein-
setzen. Die Herren und Beauftragten des Vorjahrs
des Hohenheimer Gartenbaugesellsch. H. Wolf, eines ge-
bürtigen Altensteigers; die sich anschließende Besprechung
brachte noch manchen beherzigenswerten Wink und war zu-
gleich ein Beweis dafür, daß der junge Mann sich in
Hohenheim tüchtige Kenntnisse erworben hat. Die Arbeit
der Obstverwertungsgesellschaft gab zu verschiedenen Aus-
stellungen Anlaß, doch erkrankte der Vorsitzende, daß ein
ausführlicher Bericht noch nicht möglich, weil die Akten
eingesendet und noch nicht zurückgeschickt worden seien, er
erfolgte in der Generalversammlung. Es sei überflüssig
Arbeit nötig geworden, da die Erstellung der Ostern
vom Landesrat insgesamt sehr spät erfolgte, Vorsitz
über Vorsitz ertastet worden sei und die Höchstpreise
nicht eingehalten werden konnten, weil eben höhere Ange-
bote erfolgten. 11 912 Zentner Tafelobst seien aus dem
Bezirk abgesetzt worden, nur das Hohenheimer Oberamt
hätte noch mehr verkauft, Magdeburg siehe im letzten Band
also an zweiter Stelle. Die Einnahmen betragen 468 701 28 A
an Obst ausbezahlt samt Wasserabgaben 401 530 26 A
somit Brutto Gewinn 62 171 02 A, wovon noch die Un-
kosten und die Provision an die Landesverwaltung abgehen.
Bei den Wahlen wurde Schulth. Dengler durch Junge
einstimmig zum Vorstand gewählt, ebenso die alten Aus-
scheidungsglieder. Neu gewählt, für das verordnete Aus-
scheidungsglied Kauf und den zum Vorstand gewählten
Schultheiß Dengler wurden Wolf-Altensteig und Stempfle-
Wenden. Sehr lebhaft wurde die Besprechung der Frage
bet. Anstellung eines Oberamtsbaumworts. Man einigte
sich dahin, dem Bezirksausschuß den Vorschlag zu unter-
breiten, den O.A.-Baumwart in Hauptamt anzustellen.
Sollte die Ansicht zur Geltung kommen, daß er im
Bezirk nicht voll befähigt wäre, könnte stellvertretend mit einem
Nachbarbezirk (Eism oder Freudenstadt) wegen gemeinschaft-
licher Kostellung u. Führung genommen werden. Der anwe-
sende Bezirksvorsitzende, Herr Oberamtsmann Widig, ver-
sprach vollständige Berücksichtigung des Wunschens; denn der
große Wert einer tüchtigen Baumpflege habe sich gerade
im letzten Jahr so klar gezeigt. Zum Schluß sprach der
Vorstand noch allen, die sich eingeladen, besonders denen,
die sich an der Besprechung beteiligten, den Dank aus.

Aus dem übrigen Württemberg.

r Herrensberg. Am Donnerstag nachmittags zwischen
3 und 6 Uhr wurde aus einem Hause in Affrida, während
die ganze Familie auf dem Felde war, 500 A Bargeld,
1 Herrensberg und Rauchsack entwendet. Eine neue
Mohnung an die Landesverwaltung, während der Arbeit auf dem
Felde sämtliche Hausgegenstände zu verhehlen, denn das
raubende und stehende Gesindel wird immer frecher.

r Calw. Bei einem nächtlichen Spaziergang wurde
einer hier auf Besuch weilenden Frau die Geldtasche mit
größeren Betrag entwendet, während sie sich auf einer
Kahabank erholte.

r Stuttgart. Der hiesige Stuttgarter Generalmusik-
direktor Max von Schilling ist zum Direktor der Berliner
Staatsoper gewählt worden.

r Stuttgart. Die hiesigen Abgeordneten Hiler-
Stuttgart, Hirsch-Ulm, Dr. Fischer-Stuttgart haben folgende
Anfrage an den Arbeitsminister gerichtet: „In dem Herrn
Arbeitsminister bekannt, daß an manchen Orten Unterleiden
aus den Beständen der Hoerseeverwaltung ausschließlich den
Konsumverleihen zugewiesen worden sind? In die Regie-
rung bereit, durch Zuweisung solcher Waren auch an den
Kleinhandel für denjenigen Teil der Bevölkerung zu sorgen,
welcher gewohnt ist, seinen Bedarf bei dem preiswirtschaft-
lichen Kleinhandel zu decken?“

r Stuttgart. Die Schwäbische Liga zum Schutz
deutscher Kultur hat in Dr. Schlarp einen Redner ge-
wonnen, der wohl betonen sein dürfte, über den russischen
Bolschewismus ein wahrheitsgetreues Bild zu entwerfen.
Dr. Schlarp war vor dem Krieges Privatdozent an der
Technischen Hochschule in Petersburg und erlebte in Rus-
land selbst die erste und zweite Revolution. Er mußte
vor der Bolschewikenherrschaft, wie viele Tausende Intell-

lektueller, fliehen. Dem deutschen Volke, zu dem er sich
durch seine Heftigkeit hingezogen fühlt, möchte er die
entsprechenden Schrecken des Bolschewismus erspart wissen.
Deshalb hat er sich Dr. Stadler, dem württembergischen
Leiter der Liga, zur tätigen Mitarbeit zur Verfügung gestellt.
Trotz seines ausländischen Akzents weiß Dr. Schlarp
seine Zuhörer zu fesseln. Seine Ausführungen werden
geehrt sein, wozu die Augen zu öffnen.

r Schramberg. Der Geh. Kommerzienrat Dr. Arthur
Jungboms hat 50 000 A für den Krankenhausbau gestiftet.

r Heidenheim. Trotz der geringen Milch-
lieferten manche Leute das Fällchen nicht lassen. Von
Ochsenberg wurde von 2 Produzenten Milch geliefert, die
gemästert und entrahnt war. Einer anderen Frau, die
wohl kein lauberes Viehstall hatte, war die Milchkanne
umgefallen.

r Ehingen. Kam da eine Bäuerin aus dem Ober-
amt Münklingen, um sich auf dem Schmelzmarkt ein
Ferkel zu kaufen. Als sie in Schelklingen umstieg, über-
zeugte sie sich, daß sie noch im Besitz ihres Geldes von
300 Mark war. Beim Aussteigen auf dem Bahnhof hier
hatte sie es zu ihrem Schrecken nicht mehr. Ein „rotlicher
Fischer“ hat sich bis jetzt nicht gezeigt.

r Friedrichshafen. Ein Wasserschiffchen findet
gegenwärtig statt; auf der Höhe der Argentinienfahrt zählt
man oft bis zu 50 Fischerboote. Das Ergebnis ist gut.

r Wühlacker. In dem an der Bahnhofstraße ge-
legenen Kaufhaus Väter wurde heute Nacht eingebrochen.
Es wurden Waren im Werte von mehreren tausend Mark
gestohlen, zu deren Unterbringung und Fortschaffung die
im Laden vorhandenen Kassebücher benutzt wurden. Wahr-
scheinlich bedienten sich die Einbrecher eines Automobils.
Auch dem Keller wurde von der Bande ein Besuch abge-
stiftet. Untersuchung ist im Gange.

Schwäbische Jugendherbergen.

p Stuttgart, 21. Juni. Die Landesvereinigung für
Jugendherbergen im Anschluß an den Hauptaufschuß für Deutsche
Jugendherbergen, deren Bildung gemeinsam vom Schwäb.
Kreuzverein und dem württembergischen Schwarzwaldverein in die Wege
geleitet worden ist, wurde in einer unter dem Vorsitz von
Regierungsbediensteter Dr. u. Hieber geführten Abend hier ge-
haltenen Sitzung gegründet. Nach einem Bericht von
Prof. Kägele Tübingen über die Art der Organisation und
die Einrichtung der Jugendherbergen gaben die Vertreter
verschiedener Behörden und Vereine Zustimmungserklärungen.
Die Jugendherbergen sollen Schülern und Schülern
lassen betriebl. Geschlechts bis zum 20. Lebensjahr eine
einfache, nahezu kostenlose Übernachtungsgelegenheit als
Grundlage für mehrwöchige Wanderaufenthalte. Das Schwäb.
Herbergsgebiet umfaßt ganz Württemberg und Hohenzollern
und die meisten Teile von Baden und Bayern, die zum
Arbeitsgebiet der beiden genannten Vereine gehören. Die
Einrichtung der Herbergen übernimmt zunächst zum größeren
Teil die Landesvereinigung und zwar über der beiden
Vereine innerhalb seines Arbeitsgebietes selbständig. Die
Jugendherbergen sind untergebracht in Schul- und sonstigen
öffentlichen Gebäuden, Bauern- und Vereinswärdern, Scheu-
nen, Stadthöfen und Häusern usw. Das Wirtshaus wird
grundsätzlich vermieden. Indessen sind Ausnahmen nicht
ganz zu vermeiden. Die Verpflegung muß einfach sein.
Alkoholgenuß in den Herbergen ist ausgeschlossen. Die
Übernachtungsgebühr beträgt in der Regel in Herbergen
einfacher Art 20 A, in Herbergen höherer Art bis zu 50 A.
Spenden für das gemeinnützige Unternehmen mögen auf
Postfachkonto 14787 „Schwäb. Jugendherbergen“ einge-
bracht werden.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Gesandter von Haniel hat im Auftrag der
Reichsregierung folgende Note an die Bevollmächtigten
des a. und a. Regierungen überreicht: Die Regierung der
deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der a.
und a. Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie
entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme der-
jenigen Friedensbedingungen mit Aufrichtiger Gewalt zu
erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen,
den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu
nehmen, durch eine Gewaltaktion, die die Ehre des deut-
schen Volkes nicht berührt; sie rufen auf die deutsche
Beiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen
Gewalt weichen und ohne damit ihre Auffassung über
die unerbittliche Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen an-
zugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Re-
publik, daß sie bereit ist, die von den a. und a. Regierun-
gen angetragenen Bedingungen anzunehmen u. zu unterzeichnen.

Danzig. Der kommandierende General des 17. Arme-
korps v. Beslow richtete an den Präsidenten des deutschen
Reichs folgendes Telegramm: Von den mir unterstellten
Grenzschutztruppen und Einwohnerwehren gehen mir jetzt
einfach in großer Zahl Rundgebungen zu. In denen gehen
jede Abtretung deutschen Bodens im Osten aus ich würde
protestieren und zum Ausdruck gebracht wird, daß die Truppen
verlangen den Heimatboden zu verteidigen.

Amsterdam. Reuters meldet aus London: Es verlan-
get daß Kontraktmilitär von Reuters die volle Verantwortung
für die Versenkung der deutschen Schiffschiffe übernimmt
und zwar auf Grund des vom früheren deutschen Kaiser
im Jahr 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals
in Feindeshand fallen dürfen.

Wittwald. Wetter am Mittwoch und Donnerstag.
Mäßig trocken, sommerlich warm, verklärte Gemütsregung.
Für die Schwäbische Jugendherbergen hat 500 A, Magdeburg.
Magdeburg, 24. Juni 1919.



